

Gemeinsame Pressekonferenz der GdG-Vorarlberg und der AK-Vorarlberg am 28.3.2013

Kindergarten: Der endgültige Abschied von der „Tante“

Bessere Bezahlung – Top-Ausbildung – optimierte Betreuungsangebote

„Es war einmal ...“ so beginnen die meisten Geschichten für Kindergärtler. Auch die „Kindergartentante“ war einmal. Oder erstarrte Öffnungszeitenkonzepte und antiquierte Entlohnungstabellen. Gesellschaftliche Veränderungen, neue pädagogische Erkenntnisse und Ausbildungsformen verlangen nach modernen, innovativen Konzepten in allen Bereichen der frühkindlichen Betreuung und Erziehung. Die AK Vorarlberg und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten verlangen vor allem: Eine bessere Ausbildung und Bezahlung der Kindergartenpädagoginnen, optimierte Betreuungsangebote sowie eine Verlagerung der Kompetenzen zum Land.

Lernen ist ein lebenslanger Prozess, der auch schon vor der Geburt beginnt. Die frühe Kindheit ist eine besonders sensible Phase rasanter körperlicher, kognitive, sozialer und emotionaler Entwicklungen. „In diesen ersten Jahren werden die Grundlagen für späteres Lernen gelegt“, ist **AK-Präsident Hubert Hämmerle** überzeugt. Frühkindliche Förderung sowie Erziehung ist daher von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung eines Kindes – und wurde viel zu lange deutlich unterschätzt. „Die AK Vorarlberg fordert deshalb die Intensivierung frühkindlicher Förderung als Basis für eine positive Entwicklung der Bildungslaufbahn. Dabei muss ein Schwerpunkt auf der Entwicklung des Lese- und Sprachfähigkeit liegen“, stellt Hämmerle klar.

Anforderungen gestiegen – gezielte Ausbildung nötig

Die Anforderungen an frühpädagogisches Fachpersonal sind heute größer denn je. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bedarf es einer gezielten und umfassenden Aus- und Weiterbildung der frühpädagogischen Fachkräfte, die auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren muss. Die AK Vorarlberg fordert daher auch, dass der Kindergarten endlich im Bildungssystem mit der notwendigen Anerkennung verankert wird. „Bislang gibt es im Frühpädagogikbereich nur den Lehrgang zur Spiel- und Kindergruppenbetreuerin in einem Ausmaß von 20 Seminartagen. Bereits seit 2009 fordern wir die Einführung einer Zusatzqualifikation für Frühpädagogik, die auch aktiven Kindergartenpädagoginnen die Möglichkeit bietet, sich fachlich auf die neuen Anforderungen einzulassen. Der Bedarf wäre zweifellos gegeben – unser Rufen blieb bislang leider ungehört“, appelliert Hämmerle einmal mehr an die verantwortlichen Stellen.

Bezahlung hinkt erbrachten Leistungen hinterher

Die Bedeutung der Frühpädagogik muss aber auch durch eine entsprechende Entlohnung der Pädagoginnen und Pädagogen zum Ausdruck kommen. „Fakt ist, dass sich das Berufsbild der Kindergärtnerin in den letzten Jahren gewaltig verändert hat“, erklärt dazu der

Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Wolfgang Stoppel.

Neue Entwicklungen fordern das Personal tagtäglich heraus: Die Integration von Kindern mit (Teil-)leistungsschwächen, die Sprachförderung, die Betreuung von Drei- bis Sechsjährigen in oft ungenügend geeigneten Räumlichkeiten ebenso wie flexible, an die Bedürfnisse der Eltern angepasste Öffnungszeiten.

Bei der Bemessung der Gehaltshöhe vor sieben Jahren haben laut Stoppel die neu hinzugekommenen Belastungen noch keine Berücksichtigung gefunden. Verglichen mit einem Gemeindebediensteten mit Maturaniveau verdient eine Kindergartenpädagogin während ihres Berufslebens pro Jahr durchschnittlich über 9000 Euro weniger.

Auf die Lebensverdienstsumme hochgerechnet verdient eine Kindergartenpädagogin derzeit etwa 1,573 Millionen Euro, ein Experte im Sachbereich (HAK- oder HTL-Niveau) hingegen 1,993 Millionen Euro. „Dieser ungerechtfertigte Unterschied ist nicht nachvollziehbar und gehört umgehend beseitigt“, verlangt Stoppel.

Kindergärtnerinnen sind schon lange keine „Tanten“ mehr

Für viele Bürgermeister sind die Kindergartenpädagoginnen und ihre Helferinnen immer noch „Tanten“, die mit den Kindern halt ein bisschen spielen und sie beschäftigen. Das ist für die frühkindliche Bildung und das Anbieten attraktiver Arbeitsbedingungen für das Kindergartenpersonal im höchsten Maß hinderlich. Hier muss das Land seine Verantwortung viel mehr wahrnehmen und die Gemeinden noch stärker unterstützen und wenn notwendig in ihrem Tun korrigieren“ bringt es der Landesvorsitzende auf den Punkt.

Man müsse endlich erkennen, dass die Kindergärten ein absolut wichtiger Teil der Ausbildung unserer Kinder sind. „Wir brauchen unbedingt ausreichend Pädagogen, weibliche und viel mehr männliche und sie müssen hervorragend ausgebildet und bezahlt werden“, fordert die **Vorsitzende der Sektion Kindergarten, Bettina Moravec**. Das Kindergartenpersonal ist immer öfter „ausgebrannt und müde“. Die vielen Aufgaben, die erfüllt werden müssen, können oft nicht mehr gemeistert werden. Die politisch Verantwortlichen sind hier massiv gefordert. Mit einer entschlossenen Politik könne Vorarlberg auch hier ein Vorzeigeland werden, stellt Moravec dem Land und den Gemeinden die Rute ins Fenster.

Öffentliche Bildung beginnt im Kindergarten

Im Kleinkindalter entstehen die Grundlagen für alle weiteren Bildungsprozesse.

Das ist theoretisch allen klar. Aber wenn es um die Umsetzung in die Praxis geht, sieht die Sache schon wieder anders aus. Die Hürden sind allzu sehr österreichisch:

Bund gegen Länder und Gemeinden, Bildungsministerium gegen Wissenschaftsministerium und Finanzministerium, Bürokratie gegen Hausverstand. Das führt dazu, dass immer weniger junge Menschen eine Ausbildung zur Kindergartenpädagogin beginnen und immer mehr Absolventinnen nach ihrer Ausbildung den täglichen Weg in den Kindergarten scheuen und lieber ein weiteres Studium an einer Uni belegen. „Um diesem Kompetenzwirrwarr zumindest auf Landesebene Herr zu werden, sprechen sich Hämmerle, Stoppel und Moravec dafür aus, dass Kompetenzen für die Kindergärten beim Land gebündelt werden. Vor allem, was die pädagogische Ausrichtung betrifft.

Die Aufsicht durch das Kindergarteninspektorat muss in allen Belangen verstärkt wahrgenommen werden. Ebenfalls notwendig sind einheitliche Dienstverträge, an die sich die Gemeinden zu halten haben. „Das würde die Gemeinden organisatorisch entlasten, eine einheitliche Aus- und Weiterbildung garantieren sowie eine bessere Steuerung der Öffnungszeiten und der Bedarfsabdeckung ermöglichen“, sind sich die drei unisono einig.